

Antwort auf das Konsultationsverfahren der EU-Kommission zum Investorenschutz in der geplanten Transatlantischen Handels- u. Investitionspartnerschaft (TTIP)

Die einzige Frage bei der wir eine längere Antwort vorlegen, ist die Letzte:

Frage 13: Wie beurteilen sie im Allgemeinen den vorgeschlagenen Ansatz über den Schutz materieller Standards und ISDS als Grundlage für Investitionsverhandlungen zwischen der EU und den USA? Sehen Sie andere Wege für EU das Investitionssystem zu verbessern? Gibt es weitere Punkte im Zusammenhang mit dieser Befragung welche Sie erwähnen möchten?

Zuerst möchten wir unsere Frustration und unseren Ärger über dieses Konsultationsverfahren ausdrücken. Wir sehen es als ein Scheinverfahren an, welches lediglich die Agenda der EU-Kommission als ein vorab festgelegtes Ergebnis legitimieren soll.

Diese Konsultation stellt die eigentlich wesentlichen Fragen nicht. Sie fragt nicht,

- ob und **warum überhaupt Investor-Staat-Schiedsverfahren** in das TTIP einbezogen werden sollen,
- ob und warum **ausländische Investoren** gegenüber allen anderen Akteuren der Gesellschaft **privilegiert** behandelt werden sollten
- sowie ob und warum die **Macht**, Entscheidungen von Regierungen, Parlamenten und Gerichten zu überprüfen und schadensersatzpflichtig zu machen, **auf profitorientierte Schiedsrichter** des Investitionsschutzsystems verlagert werden soll.

Stattdessen ist die Konsultation in einem engen inhaltlichen Rahmen gestrickt und beschränkt auf den Kommissionsvorschlag zu kleinere Reformen des ISDS-Systems und zu Klärungen einiger materieller Investorenrechte.

Angesichts der wachsenden Besorgnis über die Investor-Staat-Schiedsverfahren überall in der EU und einer zunehmende Zahl von Investorenklagen gegen EU-Länder (einschließlich krisengebeutelter Staaten) ist diese Konsultation ein Schlag ins Gesicht der Europäer_innen.

PowerShift und das Forum Umwelt & Entwicklung sind zusammen mit dem europäischen „Seattle to Brussels“-Netzwerk aus folgenden Gründen grundsätzlich **gegen die weitreichenden privaten Eigentumsrechte und Investor-Staat-Schiedsverfahren in internationalen Investitionsverträgen:**

- Sie **ermächtigen Investoren**, mehrere Milliarden Euro als **Kompensation für völlig legitime und dringend notwendige Gesetze** zum Schutz von Gesundheit, Umwelt oder anderer öffentlicher Interessen zu fordern (und manchmal auch zu erhalten), weil diese Gesetze vermeintliche Eigentumsschäden oder Gewinnschmälerungen zur Folge hätten.
- Sie haben sich zu einer **machtvollen Waffe für Unternehmen** entwickelt, um **gegen ungeliebte Gesetzgebungen zu kämpfen**. Der drohende oder umgesetzte Einsatz teurer Schadensersatzklagen setzt Regierungen unter Druck, bestimmte Maßnahmen gar nicht erst zu ergreifen oder umzusetzen (Chilling Effect) – diese Wirkung ist mittlerweile zu einer Hauptfunktion des Investorenschutzsystems geworden.

Während es scheint, als würde die EU-Kommission diese Probleme zumindest teilweise in ihrer Konsultation anerkennen, geht ihr ‚Reformansatz‘ allerdings nicht auf die Ursachen des Problems ein, welche wir in den systemischen Schwachstellen des internationalen Investitionsregimes sehen:

- Es garantiert **privilegierte Rechte für ausländische Investoren – Rechte, die niemand anderes in einer Gesellschaft hat**. Nur ausländische Investoren können direkt gegen Staaten in privaten internationalen Tribunalen klagen (oder Klagen androhen), welche wiederum den Staaten dann regelmäßig umfangreiche Kompensationszahlungen aufbürden. Und nur ihnen, den internationalen

Investoren, werden größere und überzogene private Eigentumsrechte gewährt, die über das hinausgehen, was in nationalen Verfassungen oder im EU-Recht verankert ist.

- Die Interpretation dieser Rechte und die Entscheidung, ob Politiken richtig oder falsch sind sowie die Festlegung hoher Kompensationszahlungen aus öffentlichen Budgets wird an **profitorientierte Schiedsrichter mit Partikularinteressen in einem privatisierten Rechtssystem** verlagert.

Diese Schwachstellen sind systemimmanent; sie können nicht innerhalb des bestehenden internationalen Investitionsregimes überwunden werden. Im Gegenteil, wir müssen mit diesem System brechen, welches wachsende Rechte und Privilegien für Unternehmen gewährt, statt dass es diese zur Verantwortung zieht und Kontrollmechanismen gegen das Fehlverhalten transnationaler Konzerne errichtet.

Wir **lehnen daher den Ansatz der Kommission ab**, Investorenschutz und Investor-Staat-Schiedsgerichte im Handels- und Investitionsabkommen mit den USA (TTIP), aber auch mit anderen Ländern und Regionen zu verankern (einschließlich Kanada, China, Japan, den ASEAN-Ländern, Indien, Myanmar, Marokko, Tunesien, Ägypten und Jordanien).

In allen anderen Fragen werden wir diese kurze Antwort geben, hier das Beispiel für Frage 1:

Frage 1: Geltungsbereich der materiellrechtlichen Investitionsschutzbestimmungen

Frage: Was halten Sie angesichts der obigen Erläuterung und des im Anhang angeführten Referenzdokuments von den Zielen und dem Ansatz in Bezug auf den Geltungsbereich der materiellrechtlichen Bestimmungen zum Investitionsschutz im Rahmen der TTIP?

Wir werden die begrenzten **Reformvorschläge der Kommission** nicht kommentieren. Sie beziehen sich **nicht** auf die **eigentliche Frage**, welche in dieser Konsultation gestellt werden sollte: Ist die Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeit im TTIP **überhaupt notwendig und warum?** Und sie gehen nicht auf die fundamentalen Schwachstellen des Investitionsschutzsystems ein, welche wir als Ursache der wachsenden Zahl von Investor-Staat-Angriffen auf völlig legitime und notwendige Politiken zum Schutz öffentlicher Interessen sehen (**Macht der gewinnorientierten Schiedsrichter; übertriebene Eigentumsrechte** für Investoren). Siehe auch unsere Antwort zu Frage 13.

Allerdings teilen wir zahlreiche der einzelnen Kritikpunkte zur begrenzten EU-Reformagenda, welche bereits von vorhergehenden Kommentatoren genannt wurden. Ferner sind wir der Meinung, dass die öffentlichen Stellungnahmen der Kommission rund um ihre ‚Reformagenda‘ die Öffentlichkeit in die Irre führen.

Weitere Analysen und Kritiken zur EU-Agenda:

- IISD (2014): A Response to the European Commission’s December 2013 Document “Investment Provisions in the EU-Canada Free Trade Agreement (CETA)”, http://www.iisd.org/sites/default/files/pdf/2014/reponse_eu_ceta.pdf
- Seattle to Brussels Network (2014): Investment in CETA. A response to a lobby document by DG Trade, http://eu-secretdeals.info/upload/2014/03/S2B-Marc-Maes-CETA-Investment_Response-to-DG-Trade-claims-March-7-2014_v2.pdf
- Corporate Europe Observatory (2014): Still not loving ISDS. 10 reasons to oppose investors’ super rights in EU trade deals, <http://corporateeurope.org/international-trade/2014/04/still-not-loving-isds-10-reasons-oppose-investors-super-rights-eu-trade>
- Contribution of Arbeiterkammer Austria and the Austrian Trade Union Confederation to the consultation, http://www.akeuropa.eu/includes/mods/akeu/docs/main_report_en_340.pdf